

Geburtshilfe ein Stiefkind der Gesundheitspolitik?

Hebammenverband fordert bei Fachministerkonferenz gemeinsam mit Verdi Nachbesserungen im KHVVG

Die Geburtshilfe in der Bundesrepublik Deutschland ist in den vergangenen Jahren massiv unter Druck geraten. Die Schließung von Geburtskliniken mit der Folge immer weiterer Wege für werdende Mütter sind nur eine Konsequenz dieser Entwicklung. Zugleich ist die Geburtshilfe dabei immer mehr auf einen gesundheitsökonomisch wie medizinischen Irrweg von der physiologischen hin zur klinischen risikofokussierten Geburt geraten.

Mit seinem Entwurf für ein Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die Chance zu einer dringend erforderlichen Kurskorrektur leider verpasst, sagte die Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Hebammenverbandes, Anke Bertram, heute (11. Juni) am Rande der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) in Lübeck-Travemünde und fügte hinzu. „Es bleibt das Geheimnis des Bundesgesundheitsministers, dass die Arbeit der Hebammen in seinen Reformüberlegungen mit keinem Wort berücksichtigt wird. Die Frage steht im Raum, ob Geburtshilfe das ungeliebte Stiefkind der Gesundheitspolitik ist.“

Gemeinsam mit der Gewerkschaft Verdi tritt der Deutsche Hebammenverband für substantielle Nachbesserungen des KHVVG-Entwurfs im nun beginnenden parlamentarischen Verfahren ein.

An die Konferenz der für Gesundheitspolitik zuständigen Fachministerinnen und Fachminister appellierte Bertram, die Notwendigkeit einer flächendeckenden geburtshilflichen Versorgung auch in den Flächenländern nicht aus den Augen zu verlieren. „Wir haben in den vergangenen Jahren schon zu viele Kreißsäle durch Schließungen verloren“, sagte Bertram: „Das kann nicht im Sinne der Versorgungssicherheit einer vor der Geburt stehenden Frau sein, und das ist es auch nicht. Denn eine Geburt ist ein dynamisches Geschehen, da sind kurze Wege von Bedeutung. Nur fehlt es diesem Thema bisher an politischer wie gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Das ist nicht nur bedauerlich. Das ist auch unangemessen.“

Anke Bertram verwies zugleich auf die Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes (DHV) an die Adresse der für die Gesundheitspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister aus Bund und Ländern, die mit dem KHVVG im Sozialgesetzbuch V festgeschrieben werden müssen. Dazu gehört:

- 1) die Verankerung des Hebammengeleiteten Kreissaals zur Förderung der physiologischen Geburtsabläufe**
- 2) dass Hebammen wieder verstärkt in Primärversorgung integriert werden müssen.**
- 3) die Einbeziehung von Hebammen in Rettungsdienste bei Einsätzen im geburtshilflichem Kontext.**

„Eine professionelle und über kurze Wege erreichbare Geburtshilfe ist existenziell für den Weg ins Leben. Die Rahmenbedingungen muss der Bund erhalten und in Teilen auch neu setzen“, sagte Bertram.

Kontakt und weitere Informationen:

Anke Bertram
1. Vorsitzende
Hebammenverband Schleswig-Holstein e.V.
Telefon: 0160-5519803
E-Mail: a.bertram@hebammen-sh.de

Hintergrund:

Der Deutsche Hebammenverband e. V. (DHV) ist ein Bundesverband und setzt sich aus 16 Landesverbänden zusammen. Mit mehr als 22.000 Mitgliedern ist der DHV der größte Hebammenberufsverband in Deutschland und vertritt die Interessen aller Hebammen. In ihm sind angestellte und freiberufliche Hebammen, Lehrer*innen für Hebammenwesen, Hebammenwissenschaftler*innen, Hebammen in den Frühen Hilfen, hebammengeleitete Einrichtungen sowie Hebammenschüler*innen und Studierende vertreten. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist eine gute medizinische und soziale Betreuung der Frauen und ihrer Kinder vom Beginn der Schwangerschaft bis zum Ende der Stillzeit das zentrale Anliegen des Deutschen Hebammenverbandes. Als Mitglied in der European Midwives Association (EMA), im Network of European Midwifery Regulators (NEMIR) und in der International Confederation of Midwives (ICM) setzt sich der Verband auch auf europäischer und internationaler Ebene für die Stärkung